

NDB-online Artikel

Kiesinger, Kurt Georg

1904 – 1988

Politiker, Ministerpräsident, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Als Parlamentarier der ersten Stunde, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Bundeskanzler gehört Kurt Georg Kiesinger zur ersten Reihe der Politiker der alten Bundesrepublik. Er steht für demokratische Neuanfänge wie auch für symbolische Kämpfe um die NS-Vergangenheit. Sein Weg ist typisch für das deutsche 20. Jahrhundert, in dem die atlantisch und europäisch geöffnete Nachkriegsdemokratie, für die er eintrat, durch historisch belastete Eliten mit auf den Weg gebracht wurde.

Geboren am 6. April 1904 in Ebingen (jetzt Albstadt-Ebingen, Zollernalbkreis)
Gestorben am 9. März 1988 in Tübingen
Grabstätte Stadtfriedhof in Tübingen
Konfession römisch-katholisch

Tabellarischer Lebenslauf

1910 1913 Schulbesuch Volksschule Ebingen (jetzt Albstadt-Ebingen, Zollernalbkreis)

1913 1919 Schulbesuch (Abschluss: Mittlere Reife) Realschule Ebingen

1919 1925 Studium (Abschluss: eingeschränkte Hochschulreife)

Württembergisches Katholisches Lehrerseminar Rottweil

1925 1926 Studium der Pädagogik Universität Tübingen

1926 externe Abiturprüfung Friedrich-Eugen-Gymnasium Stuttgart

1926 1931 Studium der Rechtswissenschaft (Abschluss: Erste Juristische Staatsprüfung) Universität Berlin

1931 1934 Juristischer Vorbereitungsdienst (Referendariat); Zweite Juristische Staatsprüfung Berlin

1931 1945 privater Rechtslehrer (Repetitor) Berlin

Mai 1933 1945 Mitglied NSDAP

1934 selbstständiger Rechtsanwalt; zugelassen am Kammergericht Berlin

1940 1945 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, zuletzt stellvertretender Leiter Rundfunkpolitische Abteilung des Auswärtigen Amts Berlin

1945 1946 Internierung US-Internierungslager 74 (I.C. 74) Ludwigsburg

1946 1948 Entnazifizierungsverfahren; Einstufung als „Mitläufer“

Spruchkammer Scheinfeld (Mittelfranken)

1947 1950 privater Rechtslehrer Würzburg

1947 1948 Entnazifizierung, Revisionsverfahren; Einstufung als „unbelastet“

Berufungskammer Ansbach

April 1948 1988 Mitglied CDU

1948 Zulassung als Rechtsanwalt; seit 1951 nicht mehr praktizierend Amts- und Landgericht Tübingen
 1948 1951 Landesgeschäftsführer CDU-Landesverband Südwürttemberg-Hohenzollern Tübingen
 1949 1959 Abgeordneter der CDU Bundestag Bonn
 1950 1960 Mitglied Geschäftsführender Vorstand der CDU Bonn
 1950 1988 Mitglied Bundesvorstand der CDU Bonn
 1950 1957 Vorsitzender Vermittlungsausschuss des Bundestags Bonn
 1954 1959 Vorsitzender Auswärtiger Ausschuss des Bundestags Bonn
 1955 1959 Vizepräsident Beratende Versammlung des Europarats Straßburg
 1958 1966 Ministerpräsident baden-württembergische Landesregierung Stuttgart
 1960 1966 Abgeordneter der CDU baden-württembergischer Landtag Stuttgart
 1963 1966 Bevollmächtigter für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Elysée-Vertrags Bundesrepublik Deutschland Bonn
 1966 1969 Bundeskanzler Bundesregierung Bonn
 1967 1971 Bundesvorsitzender; 1971 Ehrenvorsitzender CDU Bonn
 1969 1980 Abgeordneter der CDU Bundestag Bonn

Genealogie

Vater **Christian Kiesinger** 10.11.1876–7.4.1969 aus Oberdigisheim-Michelfeld (Zollernalbkreis); evangelisch; kaufmännischer Angestellter; Geschäftsführer einer Korsettfabrik in Ebingen
 Großvater väterlicherseits **Johann Georg Kiesinger** 26.10.1840–4.7.1906 aus Michelfeld; Maurer
 Großmutter väterlicherseits **Anna Maria Kiesinger**, geb. Schneider 21.2.1840–2.5.1912 aus Oberdigisheim-Michelfeld
 Mutter **Dominica** (Dominika) **Kiesinger**, geb. Grimm 16.7.1878–28.10.1904 aus Bubsheim bei Tuttlingen; römisch-katholisch; Hauswirtschaftshilfe, später Hausfrau
 Großvater mütterlicherseits **Josef Grimm** 8.12.1847–23.10.1932 Bauer in Bubsheim
 Großmutter mütterlicherseits **Genovefa Grimm**, geb. Häring 16.12.1848–12.8.1936 aus Bubsheim; Bäuerin ebenda
 Stiefmutter **Karoline Victoria Kiesinger**, geb. Pfaff römisch-katholisch
 Halbgeschwister sechs Halbgeschwister aus 2. Ehe des Vaters
 Heirat 24.12.1931 in Berlin
 Ehefrau **Marie-Luise Kiesinger**, geb. Schneider 27.3.1908–15.11.1990 aus Berlin; Medizinstudium ohne Abschluss
 Schwiegervater **Peter Schneider** aus dem Saarland; Anwalt; Notar in Karlshorst bei Berlin
 Schwiegermutter **Barbara Schneider**
 Tochter geb. 1940
 Sohn **Peter Christian Kiesinger** 8.4.1942–12.12.2023 Rechtsanwalt; Kommunalpolitiker (CDU); 2004–2019 1. Stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Karlsbad
 Kiesinger, Adelheid, Ergotherapeutin

Schwiegertochter **Adelheid Kiesinger** geb. 1944 Ergotherapeutin;
2000-2018 Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg
?Johann Georg Kiesinger (26.10.1840–4.7.1906)

?Anna Maria Kiesinger, geb. Schneider (21.2.1840–2.5.1912)

?Genovefa Grimm, geb. Häring (16.12.1848–12.8.1936)

?Christian Kiesinger (10.11.1876–7.4.1969)

sechs Halbgeschwister aus 2. Ehe des Vaters

?Dominica (Dominika) Kiesinger, geb. Grimm (16.7.1878–28.10.1904)

?Peter Schneider

Barbara Schneider

Kiesinger, Kurt Georg (1904 – 1988)

☎ | ∞ | ♥

?Marie-Luise Kiesinger, geb. Schneider (27.3.1908–15.11.1990)

?Peter Christian Kiesinger (8.4.1942–12.12.2023)

?Adelheid Kiesinger (geb. 1944)

(geb. 1940)

Kiesinger, Kurt Georg (1904 – 1988)

Genealogie

Vater

Christian Kiesinger

10.11.1876–7.4.1969

aus Oberdigisheim-Michelfeld (Zollernalbkreis); evangelisch; kaufmännischer Angestellter; Geschäftsführer einer Korsettfabrik in Ebingen

Großvater väterlicherseits

Johann Georg Kiesinger

26.10.1840–4.7.1906

aus Michelfeld; Maurer

Großmutter väterlicherseits

Anna Maria Kiesinger

21.2.1840–2.5.1912

aus Oberdigisheim-Michelfeld

Mutter

Dominica Kiesinger

16.7.1878–28.10.1904

aus Bubsheim bei Tuttlingen; römisch-katholisch; Hauswirtschaftshilfe, später Hausfrau

Großvater mütterlicherseits

Josef Grimm

8.12.1847–23.10.1932

Bauer in Bubsheim

Großmutter mütterlicherseits

Genovefa Grimm

16.12.1848–12.8.1936

aus Bubsheim; Bäuerin ebenda

Heirat

in

Berlin

Ehefrau

Marie-Luise Kiesinger

27.3.1908–15.11.1990

aus Berlin; Medizinstudium ohne Abschluss

Jugend, Ausbildung, NS-Zeit

Kiesinger besuchte die Volksschule und Realschule in Ebingen (jetzt Albstadt-Ebingen, Zollernalbkreis) und absolvierte nach der Mittleren Reife 1919 bis 1925 das Katholische Lehrerseminar in Rottweil, das er mit der eingeschränkten Hochschulreife abschloss. Anschließend studierte er in Tübingen Pädagogik, legte 1926 in Stuttgart die Externe Abiturprüfung ab und wechselte im selben Jahr nach Berlin, wo er ein Studium der Rechtswissenschaften begann. Er wurde Mitglied der katholischen Studentenverbindung Askania, über die er in Kontakt mit verschiedenen Zentrumspolitikern kam, u. a. mit Wilhelm Marx (1863–1946). Politische Anstöße erhielt er von dem sozialpolitisch engagierten katholischen Priester Carl Sonnenschein (1876–1929). Wie dieser sah Kiesinger im Ausgleich der Klassengegensätze und der Überwindung weltanschaulicher „Zerrissenheit“ die zentrale Aufgabe seiner Generation.

Dies machte Kiesinger empfänglich für Volksgemeinschaftsideen und NS-Ideologie. Begeistert von der „Wiederherstellung der nationalen Gemeinschaft“, wurde er am 1.5.1933 Mitglied der NSDAP. Nach dem Zweiten Juristischen Staatsexamen 1934 lehnte er das Angebot, Richter am Kammergericht Berlin zu werden, ab, arbeitete als privater Rechtslehrer und

selbstständiger Rechtsanwalt und trat 1940 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Dienst des Auswärtigen Amtes ein, weshalb er keinen Kriegsdienst leisten musste. Hier stieg er zum stellvertretenden Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung auf. In dieser Position nahm er Einfluss auf die internationale Öffentlichkeit im Sinne des NS-Regimes, übermittelte die Sprachregelungen der NS-Propaganda ins Ausland und trug so durch die Verbreitung auch von antiamerikanischen und antisemitischen Parolen zur propagandistischen Flankierung der kriegerischen deutschen Hegemonialpolitik über Europa bei. Als sich die Niederlage im Zweiten Weltkrieg abzeichnete, wollte er spätestens 1944 eine Trennlinie zwischen „Deutschen“ und „Nazis“ ziehen und wurde in diesem Kontext von zwei Mitarbeitern wegen Behinderung antisemitischer Propaganda denunziert.

Demokratische Neuanfänge im Südwesten und in Bonn

Bei Kriegsende wurde Kiesinger von den US-Army interniert, nach 16monatiger Haft im September 1946 entlassen und im Spruchkammerverfahren in Scheinfeld (Mittelfranken) als „Mitläufer“ eingestuft, in einem Revisionsverfahren 1948 „vollständig entlastet“. Er arbeitete in Würzburg wieder als Repetitor. 1948 wurde er auf Vorschlag seines Freundes Gebhard Müller (1900–1990) Landesgeschäftsführer der CDU Südwürttemberg-Hohenzollern und trat in die CDU ein. 1949 kandidierte er für den ersten Bundestag im Wahlkreis Ravensburg-Tettnang-Wangen und erreichte mit 75,2 % das drittbeste Resultat im Bundesgebiet.

In Bonn wurde Kiesinger dank seines rhetorischen Talents bald für wichtige Partei- und Staatsämter gehandelt. Seinen Aufstieg verdankte er auch seiner regionalen Herkunft, da in der Bundes-CDU Ämter nach landsmannschaftlichem und konfessionellem Proporz vergeben wurden. Kiesinger stützte sich auf ein Netzwerk südwestdeutscher Abgeordneter, als deren Mann er 1950 in den ersten CDU-Bundesvorstand gewählt wurde, begann als Rechtspolitiker und prägte ab 1950 die Arbeit des Vermittlungsausschusses als dessen erster Vorsitzender. Weiteren Kreisen wurde Kiesinger durch die kontroversen Debatten im Bundestag um die Wiederbewaffnung bekannt: Er vertrat die Position einer „Politik der Stärke“ innerhalb der „westlichen Schutzgemeinschaft“, da nur diese den Weg zur Wiedervereinigung ebnen könne. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses ab 1954 zielte er dagegen auf eine Überwindung der außenpolitischen Polarisierung, worüber er sich mit Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) entzweite, was seine bundespolitischen Perspektiven begrenzte. Die schon sicher erwartete Ernennung zum Bundesjustizminister 1957 wurde von Adenauer in letzter Minute zurückgezogen. Ende 1958 nahm er das Angebot der vier südwestdeutschen CDU-Landesverbände an, Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden.

Integrator Baden-Württembergs und Bildungsreformer

Kiesingers erfolgreiche Stuttgarter Amtszeit von 1958 bis 1966 war bestimmt von zwei großen Themen: Der Integration der beiden Landesteile des 1952 gegründeten Bundeslandes und dessen Modernisierung mit

Fokus auf Bildungspolitik und Hochschulbau. Hierbei suchte Kiesinger eine baden-württembergische Identität auch durch Gründungen von Universitäten zu fördern, so in Ulm (1964) und Konstanz (1966), sowie durch den Ausbau der TH Karlsruhe und der Handelshochschule Mannheim zu Universitäten. Bildungspolitisch setzte sich Kiesinger für die später sozial-liberal konnotierte Forderung nach „Bildung als Bürgerrecht“ ein, die sein enger hochschulpolitischer Berater Ralf Dahrendorf (1929–2009) propagierte. Von 1963 bis 1966 war er der erste Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Elyséevertrags. Er trieb den Ausbau der Infrastruktur des Landes voran, entschied jedoch gegen eine Schiffbarmachung des Hochrheins bis zum Bodensee.

Kiesinger, der stets auch bundespolitisch dachte, war jedoch beteiligt an der Aushöhlung von Länderkompetenzen durch von ihm mitangestoßene Modernisierungsprojekte, die dem Bund das Tor zur Mitsprache in der Bildungspolitik öffnete; ein Meilenstein war das Bund-Länder-Abkommen über die Finanzierung von Universitätsneugründungen 1964, woran er signifikanten Anteil hatte.

Kanzler der Großen Koalition

Als ein von den jahrelangen Querelen um Adenauers Nachfolge kaum belasteter Politiker und populärer Hoffnungsträger, der als konservativer, aber weltoffener Modernisierer galt, wurde Kiesinger am 1. Dezember 1966 im Bundestag von CDU/CSU und SPD zum Kanzler gewählt. Am Kabinetttisch saßen prominente Politiker, wobei Vizekanzler Willy Brandt (1913–1992), Verteidigungsminister Gerhard Schröder (1910–1989) und Finanzminister Franz Josef Strauß (1915–1988) selbst Ambitionen auf die Position des Kanzlers hatten; gleichzeitig nahmen ehrgeizige Nachwuchspolitiker wie Rainer Barzel (1924–2006) und Helmut Schmidt (1918–2015) als Fraktionsvorsitzende großen Einfluss. Das Verhältnis zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion blieb schwierig, auch aufgrund der komplexen und neuartigen „Großen Koalition“, deren Management sich in ein informelles Koalitionsgremium, den „Kressbronner Kreis“ verlagerte. 1967 sicherte Kiesinger sich den CDU-Parteivorsitz. In seiner Amtszeit wurde 1968, nach intensiver Vorarbeit von Bruno Heck (1917–1989) auf dem neu geschaffenen Posten des CDU-Generalsekretärs, ein neues Grundsatzprogramm, das „Berliner Programm“, erarbeitet.

Als Konfliktpunkt in der Regierung Kiesinger erwies sich erneut, wie schon unter seinem Amtsvorgänger Ludwig Erhard (1897–1977), die Außenpolitik, der Kiesingers Hauptinteresse galt. Erste ostpolitische Schritte, die der Hallstein-Doktrin widersprachen, wurden von Brandt und Kiesinger gemeinsam eingeleitet, aber z. T. im Widerspruch zu einflussreichen Unionspolitikern wie Strauß, so im Januar 1967 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, im September 1967 die Errichtung einer Handelsvertretung in der Tschechoslowakei und im Januar 1968 der Austausch von Botschaftern mit Jugoslawien. Schwierig gestaltete sich das Verhältnis zur DDR. Kiesinger nahm im Juni 1967 erstmals einen Brief von Ministerpräsident Willy Stoph (1914–1999) an, was zu erregten Diskussionen in der Unionsfraktion führte. Sein Vorschlag an Stoph, persönliche Beauftragte für Verhandlungen zu benennen,

scheiterte jedoch an Maximalforderungen der DDR als Vorbedingung für Verhandlungen. Auch fehlte es an sowjetischer Kooperationsbereitschaft für die ersten Ansätze einer Entspannungspolitik, da in diese Phase der „Prager Frühling“ fiel. Das Verhältnis zu Frankreich und den USA war ebenfalls konfliktreich, weil Charles de Gaulle (1890–1970) europäische Integrationsschritte blockierte und mit den USA Auseinandersetzungen um Stationierungskosten und den Atomwaffensperrvertrag geführt wurden.

Innenpolitisch bewirkte die Große Koalition einen Reformschub: die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Arbeitsförderungsgesetz, ferner das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), das Stabilitätsgesetz und eine Reform der Finanzverfassung mit der Einführung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Mehr als 400 Gesetzesvorhaben wurden in knapp drei Jahren auf den Weg gebracht. Keine Bundesregierung setzte in so kurzer Zeit so viele Änderungen des Grundgesetzes durch wie die Große Koalition unter Kiesinger, darunter 1968 die Einfügung der höchst umstrittenen Notstandsgesetze. Die von Kiesinger erhoffte Wahlrechtsreform mit der Einführung eines Mehrheitswahlrechts nach britischem Vorbild scheiterte.

Zugleich wurde Kiesinger als früheres Mitglied des Auswärtigen Amts in der NS-Zeit zum Objekt von Skandalisierungsstrategien der Außerparlamentarischen Opposition, der 1968er Studentenbewegung und prominenter Kritiker wie Günter Grass (1927–2015), Karl Jaspers (1883–1969) und Heinrich Böll (1917–1985), denen Kiesinger als Symbol einer unzulänglichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit galt. Die Angriffe erreichten mit der öffentlichen Ohrfeige von Beate Klarsfeld (geb. 1939) im November 1968 auf dem CDU-Parteitag in Berlin einen Höhepunkt. Enttäuscht und geschlagen durch den Ausgang der Bundestagswahl 1969, die zu der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt führte, nahm Kiesinger von 1969 bis 1980 noch sein Bundestagsmandat wahr. 1971 verzichtete er auf eine weitere Kandidatur für den CDU-Parteivorsitz, wurde Ehrenvorsitzender der Partei, zog sich aber seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend an seinen Wohnort Tübingen zurück.

Nachwirkung

Kiesinger, der wie wenige andere Politiker seiner Zeit als Vermittler und für eine Überwindung innerer und äußerer Gegensätze wirken wollte, ist aufgrund seiner NS-Belastung eine polarisierende Figur, die noch an seinem 100. Geburtstag in seiner Heimatstadt Ebingen erbitterte Kontroversen provozierte. Außerhalb Baden-Württembergs, wo er als bedeutender Bildungsreformer und Hochschulgründer in Erinnerung ist, ist Kiesinger mit seiner kurzen Kanzlerschaft in der ersten Großen Koalition, die für die SPD die Übergangsphase zum „sozialdemokratischen Jahrzehnt“, für die Union den Beginn von 13 Jahre Opposition bedeutete, kein großer Name mehr. Doch liegen seine Verdienste im demokratischen Aufbau und der Unterstützung der Westbindung der Bundesrepublik sowie in der Integration und Modernisierung des Südwestens. Auch hat er als Kanzler der Großen Koalition erste wichtige Schritte zur neuen Ostpolitik unternommen und mit dem Gestus des Moderators wichtige Reformen auch im Inneren begleitet.

Auszeichnungen

1956 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband (Großkreuz 1960)
1957 Großkreuz des Verdienstordens der Italienischen Republik
1964 Verfassungsmedaille des Landes Baden-Württemberg
1964 Großkreuz des Real Orden Isabel la Católica (Spanien)
1965 Dr. h. c., Universität Köln
1967 Dr. h. c., Universität New Delhi (Indien)
1968 Dr. h. c., Universität Coimbra (Portugal)
1968 Dr. h. c., University of Maryland (College Park, USA)
1968 Großkreuz des Real y Distinguida Orden Española de Carlos III (Spanien)
1968 Großkreuz des Falkenordens (Island)
1969 Ehrenbürger der Stadt Albstadt-Ebingen
1971 Ehrenvorsitzender der CDU
1975 Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg
1976 Dr. h. c., Universität Konstanz
1976 Ehrenbürger der Stadt Konstanz
1979 Ehrenbürger der Stadt Tübingen
Bayerischer Verdienstorden
Großkreuz des Päpstlichen Piusordens

Quellen

Nachlass:

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin, 01226, NL Kurt Georg Kiesinger.

Gedruckte Quellen:

Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 16. Bundesparteitag Berlin, 4.-7. 11. 1968. Niederschrift, 1968.

Beate Klarsfeld, Die Geschichte des PG 2 633 930 Kiesinger. Dokumentation mit einem Vorwort v. Heinrich Böll, 1969.

„Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. v. Günter Buchstab, 1986.

„Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. v. Günter Buchstab, 1990.

„... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, bearb. v. Günter Buchstab, 1994.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1957, bearb. v. Wolfgang Hölscher, 1998.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. v. Helge Heidemeyer, 1998.

„Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961–1965, bearb. v. Günter Buchstab, 1998.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1953–1957, bearb. v. Wolfgang Hölscher, 2 Halbbde., 2002.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, bearb. v. Helge Heidemeyer, 2003.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961, bearb. v. Reinhard Schiffers, 2004.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1957–1961, bearb. v. Joachim Wintzer, 2004.

„Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1965–1969, bearb. v. Günter Buchstab, 2005.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969, bearb. v. Stefan Marx, 2011.

Werke

Entstehung und Aufgaben des Europarates, in: Der Aufbau (Zürich), Nr. 42 v. 26.10.1956, S. 330–332.

Ideen vom Ganzen. Reden und Betrachtungen, 1964.

Entspannung in Deutschland, Friede in Europa. Reden und Interviews 1967, 1968.

Reden und Interviews 1968, 1969.

Stationen 1949–1969, 1969.

Erlebnisse mit Konrad Adenauer, in: Dieter Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, 1976, S. 59–72.

[Die] Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, hg. v. Dieter Oberndörfer, 1979.

[Die] geistigen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung Württembergs, in: 125 Jahre Papierfabrik Scheufelen 1855–1980, 1981, S. 28–47.

[Der] Kampf im Bundestag um den Südweststaat, in: Max Gögler/Gregor Richter in Verbindung mit Gebhard Müller (Hg.), Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, 1982, S. 405–424.

Fügung und Verantwortung. Interview mit Hans Bausch. Festgabe des Landtages aus Anlaß des 80. Geburtstages von Bundeskanzler a. D. und Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger, 1984.

Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, hg. v. Reinhard Schmoeckel, 1988.

Literatur

Monografien:

Paul Feuchte, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, 1983.

Frank Bösch, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, 2001.

Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Lang/Peter Thaddäus (Hg.), Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, 2005. (P)

Andreas Grau, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition 1969–1973, 2005.

Otto Rundel, Kurt Georg Kiesinger. Sein Leben und sein politisches Wirken, 2006. (P)

Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, 2006. (P)

Aufsätze:

Paul Feuchte, Zum 100. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 152 (2004), S. 503–553.

Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel und das europäische Projekt, in: Hanns Jürgen Küsters (Hg.), Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013), 2014, S. 157–178.

Philipp Gassert, Ein Kanzler mit nationalsozialistischer Vergangenheit?, in: Wolfgang Proske (Hg.), Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, Bd. 9: NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg, 2018, S. 237–249.

Philipp Gassert, Die CDU in der (ersten) Großen Koalition und Opposition. Reformersische Aufbrüche unter Kiesinger und Barzel, in: Norbert Lammert (Hg.), Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen, 2022, S. 147–164.

Festschrift:

Dieter Oberndörfer (Hg.), Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger. Festgabe zum 80. Geburtstag, 1984.

Lexikonartikel:

Wolfgang Stump, Art. „Kiesinger, Kurt Georg“, in: Siegfried Koß/Wolfgang Löhr (Hg.), Biographisches Lexikon des KV, Teil 4, 1996, S. 67-69. (P)

Christian Hacke, Art. „Kurt Georg Kiesinger“, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), Kanzler und Minister 1949–1998, 2001, S. 353–359.

Ausstellungskatalog:

Albrecht Ernst (Bearb.), Kurt Georg Kiesinger (1904–1988). Rechtslehrer, Ministerpräsident, Bundeskanzler. Katalog zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, 2004. (P)

Onlineressourcen

Kiesinger, Kurt Georg, in: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, LEO-BW. (P)

Kiesinger, Kurt Georg, in: Konrad-Adenauer-Stiftung. (P)

Ein Brief aus Ost-Berlin. Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR an den Bundeskanzler, in: Virtuelle Ausstellung des Bundesarchivs.

Interviews und Berichterstattungen, in: ARD-Mediathek. (P)

Fernsehberichterstattung ab 1952, in: Filmothek des Bundesarchivs. (P)

Kurt Georg Kiesinger, Regierungserklärung der Großen Koalition, 13. Dezember 1966.

Rede Kurt Georg Kiesingers im Deutschen Bundestag zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1967.

Vernetzte Angebote der Deutschen Biographie.

Porträts

Gemälde (Öl/Leinwand) v. Günter Rittner (1927–2020), 1976, Kanzlergalerie im Bundeskanzleramt, Berlin. (Onlineressource)

Gemälde (Öl/Leinwand) von Ruth Heppel, Villa Reitzenstein, Stuttgart. (Onlineressource)

Fotografien, in: Bundesarchiv, Bilddatenbank. (Onlineressource)

Autor

→Philipp Gassert (Mannheim)

Empfohlene Zitierweise

Gassert, Philipp, „Kiesinger, Kurt Georg“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.03.2024, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/118562053.html#dbocontent>

Lizenziert unter CC-BY-NC-ND (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>)

30. April 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
